

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**
– Drucksache 19/27823 –

Die Leinwand bleibt unersetzbar – Für ein Überleben der deutschen Film- und Kinobranche

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Doris Achelwilm, Dr. Petra Sitte, Simone Barrientos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 19/25066 –

Existenzgefährdete Kinos, Filmverleihe und Filmproduktionen sicher durch die Krise bringen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der FDP setzt sich für eine einheitliche und schnelle Öffnungsperspektive für die Kinos ein. Die Bundesregierung soll die Branche unterstützen, damit bundesweit ein gemeinsamer zeitlicher Rahmen für eine Wiedereröffnung auf der Basis eines breiten Filmangebots gelingt. Die deutsche Film- und Kinobranche sei elementarer Bestandteil der europäischen Kulturlandschaft mit großer internationaler Strahlkraft. Die Corona-Krise wirke sich existenzbedrohend auf Kinos, Produzenten und Verleiher aus. Die bisherigen Hilfen der Bundesregierung erfassten die realen Nöte der Branche nicht, das wirtschaftliche Überleben werde nicht gesichert. Vor diesem Hintergrund plädiert die Fraktion beispielsweise für einen Unternehmerlohn, der die Lebenshaltungskosten von Selbstständigen deckt, für ein überarbeitetes Zukunftsprogramm Kino III, das auch mittel-

große und große Kinobetriebe einbezieht, und für einen Ausfallfonds für verschobene oder gestoppte Kinostarts. Spezifische Hilfen für Verleihfirmen sollen deren Umsatzeinbrüche ausgleichen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. will Kinos vor der Insolvenz schützen. Sie fordert einen Stabilisierungsfonds, der Kinos in Städten und in ländlichen Regionen bei Investitionen sowie bei laufenden Betriebskosten hilft. Mietschulden, die in der Corona-Krise entstanden sind, sollen erlassen, Kündigungen im Gewerbemietrecht auch unmittelbar nach der Zeit der Pandemie ausgeschlossen werden. Die bereits aufgelegten Hilfsprogramme Zukunftsprogramm Kino I und II sollen bedarfsdeckend aufgestockt werden. Darüber hinaus fordert die Fraktion einen Unternehmerlohn für Selbstständige, der rückwirkend ab 1. März 2020 ermöglicht werden soll.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27823 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/25066 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/27823 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/25066 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2021

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Johannes Selle
Berichterstatter

Martin Rabanus
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Doris Achelwilm
Berichterstatterin

Tabea Rößner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Selle, Martin Rabanus, Dr. Marc Jongen, Thomas Hacker, Doris Achelwilm und Tabea Rößner

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 19/27823** in seiner 219. Sitzung am 26. März 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Energie.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 19/25066** in seiner 219. Sitzung am 26. März 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Arbeit und Soziales.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der FDP setzt sich für eine einheitliche und schnelle Öffnungsperspektive für die Kinos ein. Die Bundesregierung soll die Branche dabei unterstützen, bundesweit einen gemeinsamen zeitlichen Rahmen für eine Wiedereröffnung auf der Basis eines breiten Filmangebots zu erarbeiten. Die deutsche Film- und Kinobranche sei elementarer Bestandteil der europäischen Kulturlandschaft mit großer internationaler Strahlkraft. Die Corona-Krise wirke sich existenzbedrohend auf die verschiedenen Bereiche der Branche aus, die bisherigen Hilfen, die die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ausreiche, würden dieser Situation nicht gerecht. Die Bundesregierung erfasse die realen Nöte der Branche nicht, deren wirtschaftliches Überleben werde nicht gesichert.

Vor diesem Hintergrund plädiert die Fraktion beispielsweise für einen Unternehmerlohn, der die Lebenshaltungskosten von Selbstständigen, Freiberuflern und Freelancern deckt. Sie will ein überarbeitetes Zukunftsprogramm Kino III erreichen, das neben kleinen Kinos auch mittelgroße und große Kinobetriebe einbezieht, und fordert den Aufbau eines Ausfallfonds für verschobene oder gestoppte Kinostarts. Spezifische Hilfen für Verleihfirmen sollen deren Umsatzeinbrüche ausgleichen.

Die Fraktion verweist darauf, dass neben Kinos auch Filmproduzenten oder Verleiher die Auswirkungen der Pandemie als existenzbedrohend beurteilten. Dabei basiere die Film- und Kinowirtschaft auf einer verzweigten Wertschöpfungskette. Einschnitte bei Produktionen und Ticketverkäufen zögen weitreichende Konsequenzen bei Verleih und Vertrieb nach sich. Belastend wirkten sich für die Branche zusätzlich veränderte Konsumgewohnheiten und digitale Angebote aus. Von der Bundesregierung verlangt die Fraktion eine grundlegende Kurskorrektur, um das Überleben von Kinos, Produzenten und Verleihern zu sichern.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. will Kinos vor der Insolvenz schützen. Sie fordert einen Stabilisierungsfonds, der Kinos in Städten und in ländlichen Regionen bei Investitionen sowie bei laufenden Betriebskosten hilft. Mietschulden, die in der Corona-Krise entstanden sind, sollen erlassen, Kündigungen im Gewerbemietrecht auch unmittelbar nach der Zeit der Pandemie ausgeschlossen werden. Die bereits aufgelegten Hilfsprogramme Zukunftsprogramm Kino I und II sollen bedarfsdeckend aufgestockt werden. Darüber hinaus fordert die Fraktion einen Unternehmerlohn für Selbstständige, der rückwirkend ab 1. März 2020 ermöglicht werden soll.

Die Fraktion weist in ihrem Antrag auf eine bedrohliche Situation hin, die die wegen der Pandemie fortdauernde Krise für Filmtheater, Filmverleih und -produktion sowie die in diesen Branchen Tätigen bedeute. Sie verweist auf Gewinneinbußen und Verlustgeschäfte und betont, die Hilfs- und Unterstützungsprogramme des Bundes und

der Länder adressierten die branchenspezifischen Probleme nicht ausreichend. Staatliche Kompensationen für ausbleibende Umsätze füllten nicht ansatzweise die Lücken. Es drohten Betriebsaufgaben und Arbeitsplatzverluste, die Kinovielfalt werde leiden, Filmpräsenz und -diskurs drohten auf unbestimmte Zeit auszufallen. Hohen Belastungen seien auch Filmproduktionen ausgesetzt. Dieser Bereich sei ohnehin durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse geprägt, die berufliche Existenz der oft solselbstständigen Filmschaffenden stehe auf dem Spiel.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 96. Sitzung am 21. April 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27823 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** empfahl in seiner 117. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27823 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** empfahl in seiner 117. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/25066 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** empfahl in seiner 124. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/25066 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 72. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27823 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 72. Sitzung am 5. Mai 2021 Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/25066 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** ging davon aus, dass sich der gesamte Ausschuss wünsche, die Kulturbranche komme mit den Kinos gut durch diese schwere Krise. Auch nach der Pandemie wolle man eine starke und vielfältige Kultur- und Kunstszenen erleben können. Die Sehnsucht, ins Kino, ins Theater oder in ein Konzert zu gehen, sei groß. Staatsministerin Monika Grütters und die Unionsfraktion hätten sich von Beginn der Pandemie an für die Branche eingesetzt. Insbesondere die Sektoren Film und Kino hätten von den Corona-Hilfen profitiert. Zu den Zukunftsprogrammen Kino I und II, die schon vor der Pandemie entstanden seien, seien weitere Programme hinzugekommen. Das Zukunftsprogramm Kino III, das auf die Wiederaufnahme des Kinobetriebs ziele, sei für die Filmtheater besonders wichtig. Beachtlich seien darüber hinaus der Ausfallfonds mit 69 Mio. Euro, die Verleih- und Vertriebsförderung mit 10 Mio. Euro und die Unterstützung für die Filmförderungsanstalt und die Berlinale, aber auch für solselbstständige Künstlerinnen und Künstler. Vom Wirtschaftsministerium ausgereichte Hilfen, das Kurzarbeitergeld oder ein vereinfachter Zugang zur Grundsicherung gehörten ebenfalls zum Instrumentarium.

Die soziale Absicherung von Soloselbstständigen – gerade im Bereich der Kunst und Kultur – stelle ein grundlegendes Problem dar. Es sei ein zentrales Anliegen der Fraktion der CDU/CSU, für die Zukunft eine bessere Lösung zu erarbeiten, möglicherweise über einen vereinfachten Zugang zur Arbeitslosenversicherung.

Jetzt sei der Blick nach vorn in die Zukunft zu richten. Die Kultur und die Kinos müssten in die Öffnungsperspektiven aufgenommen werden, speziell vor dem Hintergrund, dass sukzessive mehr Menschen geimpft seien und die Infektionszahlen zurückgingen. Die Fraktion plädierte dafür, sich gemeinschaftlich dafür einzusetzen, Kultur, Kunst und Kinos in Öffnungsszenarien aufzunehmen.

Die **Fraktion der SPD** sah sich einig mit den übrigen Fraktionen in dem Wunsch, die Kinostruktur im Land insgesamt, aber insbesondere in den ländlichen Regionen zu erhalten. Die von den Fraktionen FDP und DIE LINKE. eingebrachten Anträge setzten sich in ihren Forderungen letztlich mit dem auseinander, was die Fraktionen der CDU/CSU und SPD zuletzt auf den Weg gebracht hätten, auch wenn das Portfolio nicht komplett aufgegriffen oder anders konnotiert werde.

Die Fraktion verwies auf die Unterstützungsleistungen, die für die Kinos bereitgestellt worden seien, vor und in der Corona-Pandemie. Das Zukunftsprogramm Kino sei letztlich nicht auf Druck der Corona-Pandemie entstanden. Vielmehr sei bereits im Koalitionsvertrag verabredet gewesen, hier einen besonderen Förderschwerpunkt zu legen. Die Förderung der Kinos sei fortgeschrieben worden, die Mittel dafür seien Stück für Stück deutlich aufgestockt worden. Hinzu kämen der Ausfallfonds für Produzentinnen und Produzenten sowie weitere Wirtschaftshilfen, die nicht bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ressortierten.

Bei aller Kritik im Detail, die mit Blick auf das eine oder andere Ressort vorgebracht werden könne, lasse sich doch festhalten, dass man sich auf einem ausgesprochen guten Weg befinde. Deswegen hätten sich die beiden Anträge erledigt.

Die **Fraktion der AfD** monierte, aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen hätten die Kinos 2020 einen großen Teil ihrer Einnahmen verloren. Im Sommer hätten Hygienekonzepte und Abstandsregelungen dafür gesorgt, dass das Minus nur geringfügig zurückgegangen sei. Seitdem seien die Kinos geschlossen. Auch für das Jahr 2021 sei keine Besserung der Lage zu erwarten. Gegenüber 2019 hätten die Kinos 2020 zwei Drittel ihrer Einnahmen verloren. Solche Einbußen gefährdeten die Existenz. Im Gegenzug verzeichneten die Streamingdienste starken Zulauf und stellten eine harte Konkurrenz dar.

Dass die Kinos nicht wieder geöffnet seien, sei in keiner Weise nachvollziehbar und müsse dem verfehlten Corona-Management der Bundesregierung angelastet werden. Ansteckungen in Kinosälen seien sehr unwahrscheinlich aufgrund der Sitzposition der Kinobesucher und der Belüftungssysteme in den Sälen. Deswegen plädiere die Fraktion der AfD schon lange für die Wiedereröffnung der Kinos unter Beachtung von Hygieneauflagen.

Der Antrag der Fraktion der FDP weise in die richtige Richtung, weil er eine beschleunigte Öffnungsperspektive für die Kinos fordere. Im Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei hingegen von einer Öffnungsperspektive keine Rede. Überbrückungshilfen und Stabilisierungsfonds seien schön und gut, reichten aber nicht aus. Vor allem dürften die Kinos nicht dauerhaft am staatlichen Finanztropf hängen.

Die **Fraktion der FDP** machte auf die Folgen der Corona-Pandemie für die Filmlandschaft aufmerksam. Während Kinos hätten schließen müssen, erlebten Streamingangebote einen weiteren Aufschwung. Die Tendenz zum Heimkino sei beschleunigt worden und lege ein Brennglas auf die schon vor der Krise bestehenden Probleme.

Nötig seien jetzt schnelle und möglichst bundesweite Öffnungstermine. Nur so könne ein breites Filmangebot in den Kinos realisiert werden. Auch die Filmverleiher gehörten in den Fokus. Ein Ausfallfonds für verschobene und gestoppte Kinostarts sei notwendig. Außerdem werde eine Verleiher-Referenzförderung für niedrig frequentierte Filme gebraucht, denn mit einer niedrigen erlaubten Auslastung eines Kinosaals könne keine wirtschaftlich sinnvolle Kinoauswertung gelingen.

Der Antrag der Fraktion spiegle die entsprechenden Forderungen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. fokussiere nur das Kino als Ort, ohne die notwendigen Zusammenhänge in der Branche zu berücksichtigen. Geld in Kinos zu pumpen, bleibe aber sinnlos, wenn das Umfeld nicht gestärkt werde. Kino brauche Filme. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. gewährleiste dies nicht, daher sei er abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** entgegnete, ihr erschließe sich diese Argumentation nicht. Im eigenen Antrag werde das Umfeld sehr wohl berücksichtigt, etwa wenn Mietschulden und der Verlauf der Pandemie thematisiert würden. Die Kinos hätten nach dem ersten Lockdown investiert, seien durch den zweiten Lockdown dann aber in eine Situation geraten, in der diese Investitionen nicht mehr hätten refinanziert werden können. Die staatlichen Hilfen

seien nicht gut genug gewesen, um diese Situation ausreichend zu kompensieren. Kinobetreiber/-innen gehörten daher zu den größten Verlierern der Corona-Krise.

Die Fraktion DIE LINKE. wertete die Zukunftsprogramme Kino I und II positiv. Auch das mit 50 Mio. Euro ausgestattete Zukunftsprogramm Kino III sei gut. Darüber hinaus würden aber strukturelle Verbesserungen gebraucht. So seien die Zeitfenster für die Kinoauswertung infrage zu stellen. Die Sehgewohnheiten hätten sich schon vor der aktuellen Krise verändert. Geschaut werden müsse, wie das krisengeschüttelte Kino durch die Zeit gebracht werden könne.

Viele der im eigenen Antrag formulierten Forderungen seien durch Zeitablauf überholt. Die Fraktion halte aber an der Forderung fest, auch in dieser Branche die Beschäftigten durch einen fiktiven Unternehmer/-innen-Lohn in Höhe von 1.200 Euro abzusichern. Es reiche nicht aus, Betriebskosten zu kompensieren. Es gelte, flächendeckend den Bestand an Kinos zu sichern. Für die Zukunft müsse ein Konzept zur institutionalisierten Unterstützung kommunaler Kinos entwickelt werden. Darauf sei der Antrag ausgerichtet, dafür bitte die Fraktion um Unterstützung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** knüpfte an und bestätigte, sicher sehnten sich alle danach, ausgehen und ins Kino gehen zu können. Es sei eben nicht dasselbe, auf einem kleinen Bildschirm Filme anzuschauen, die für die große Leinwand gemacht seien. Die Beweggründe der Fraktionen FDP und DIE LINKE. für ihre Anträge seien insofern nachzuvollziehen. Die eigenen Überlegungen, etwa für Stufenpläne, wichen jedoch von den gestellten Forderungen der Fraktion der FDP ab, weshalb die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deren Antrag ablehne. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. gehe wiederum zu weit.

Kinos seien kulturelle Orte. Sie brauchten gute Filme und gerade im Lockdown eine längerfristige Perspektive. Das habe man schon vor einem Jahr so diskutiert. Wenn die Novemberhilfen erst im Frühjahr ausgezahlt würden oder manche Kinos bestimmte Hilfen gar nicht erreichten, dann sei die Durststrecke kaum zu überstehen. Viele Kinobetreiber/-innen dächten daran, aufzugeben. Gerade die kleinen kulturellen Kinos, die für eine vielfältige Landschaft gebraucht würden, seien in Gefahr. Bereits vor einem Jahr sei aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung erhoben worden, Kinos und Verleih Planungssicherheit zu verschaffen. Diese Forderung gelte nach einem Jahr fort, es fehle immer noch ein verbindlicher Stufenplan für die Wiedereröffnung.

Die Soloselbstständigen seien bereits erwähnt worden, für diese Gruppe fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Existenzgeld. Gebraucht werde ein ganzes Maßnahmenpaket, um die Kinos zu unterstützen. Vor allem sei es wichtig, eine Novelle zum Filmförderungsgesetz auf den Weg zu bringen und damit die Kinos weiter zu stärken.

Berlin, den 7. Mai 2021

Johannes Selle
Berichterstatte

Martin Rabanus
Berichterstatte

Dr. Marc Jongen
Berichterstatte

Thomas Hacker
Berichterstatte

Doris Achelwilm
Berichterstatte

Tabea Rößner
Berichterstatte

